

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 72. Ratssitzung vom 29. Juni 2011

1480. 2011/151

Weisung vom 11.05.2011:

Verein Lernwerk, Beiträge 1. August 2011 bis 31. Dezember 2015 für das Angebot «FitAttest»

Antrag des Stadtrats

1. Dem Verein Lernwerk wird für das Angebot «FitAttest» für die restlichen fünf Monate des Jahres 2011, das heisst vom 1. August 2011 bis 31. Dezember 2011, ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 253 000.– gewährt. Für die Jahre 2012 bis 2015 beträgt der leistungsabhängige jährliche Maximalbeitrag Fr. 657 000.–.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Catherine Rutherford (AL): *Das Aargauer Projekt FitAttest ist aus einem Wettbewerb heraus entstanden, den die Stadt Zürich ausgeschrieben hat. Betreut vom Verein Lernwerk, werden dort Jugendliche ohne Schul- oder Lehrabschluss für das Erlangen eines Eidgenössischen Berufsattests stark gemacht. Die Ausbildung umfasst ein Vorbereitungsjahr und die darauffolgende zweijährige Lehre. Wir bitten die finanzielle Unterstützung dieses Projekts gutzuheissen.*

Dr. Guido Bergmaier (SVP): *Die Jugendlichen, die dieses Projekt besuchen, haben meist ein sehr tiefes Bildungsniveau, keine Aussicht auf Lehr- oder Schnupperstellen und erfolglose andere Zwischenlösungen oder Lehrabbrüche hinter sich. Das zeugt nicht nur von schulischen, sondern auch von persönlichen Defiziten. Unser Schulsystem bietet bereits den Kleinsten beste Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten, in der Volksschule gibt es viele Unterstützungsangebote und auch auf spätere SchulabgängerInnen wartet ein professionelles Betreuungsnetz. Diese Chancen müssen jedoch auch ergriffen werden. Viel Geld fliesst heute schon in viele Kanäle, trotzdem fallen am Schluss immer noch Menschen mit nicht ausreichenden kognitiven Fähigkeiten durch das gutgemeinte Raster. Auch aus ökonomischen Gründen muss irgendwann der rote Knopf gedrückt werden. Man muss sich fragen, ob ein weiterer Sozialfall nicht billiger würde als weitere Sonderleistungen. Ohnehin bleibt ein Rest von schon früh lern- und arbeits-scheuen Jugendlichen, die mit Sozialhilfe zufrieden sind und die angebotenen Kurse nur einer Verlängerung ihrer Ansprüche zuliebe besuchen. Die Effizienz und Nachhaltigkeit*

von bisherigen und neuen Integrationsangeboten wird zwar in jeder Weisung hochgelobt, aber kaum jemals numerisch nachgewiesen und geprüft. Beim Fitattest wäre dies bei der überschaubaren TeilnehmerInnenzahl möglich. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass das Schul- und das Sozialamt bereits genügend Förderungsangebote bereitstellen und lehnt die Weiterführung des Projekts bis 2015 ab.

Weitere Wortmeldungen:

Maria Trottmann (GLP): Diesem Projekt ging kein Subventionsantrag eines Vereins voraus, sondern ein effektives Bedürfnis der Stadt, die daraufhin diesen Wettbewerb durchführte. Da eine ausserkantonale Eingabe gewann, setzt dies auch eine hohe Einsatzbereitschaft der Stadtzürcher Jugendlichen voraus. Alle ProjektteilnehmerInnen müssen im ersten Jahr jeden Tag nach Turgi fahren. Der Verein bekommt nur solange Geld, wie die Jugendlichen effektiv am Programm teilnehmen. Bricht jemand ab, scheitert das ganze Projekt. Ein solch teurer Versuch für sowenig TeilnehmerInnen rechnet sich deshalb, weil hier Jugendliche gefördert werden, die keine andere Chance auf eine Ausbildung bekommen. Die GLP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag auf Beitragszahlung.

Thomas Wyss (Grüne): Es gibt keine Chancengleichheit. Manche Kinder können die verfügbaren Angebote nicht wahrnehmen und müssen mehrere Male aufgefangen werden. Die SVP weiss ganz genau, dass die jährliche Sozialhilfe pro Person einiges mehr kostet, als eine dreijährige Investition in die Zukunft einiger weniger Fälle. Die Grüne-Fraktion bittet um Zustimmung der Weisung, um diesen Jugendlichen eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Linda Bär (SP): Die SP-Fraktion unterstützt diese Weisung mit voller Überzeugung. Dr. Guido Bergmaier (SVP) redete von kognitiven Fähigkeiten, von Intelligenz, Motivation, Konzentration und dem nötigen Willen. Doch die Entwicklung einer Person wird massgeblich durch sein Umfeld beeinflusst. Ein Kind kann nichts dafür, wenn es in eine sozial schwache Familie hineingeboren wird und ihm deshalb viele Möglichkeiten verwehrt bleiben. Es ist zynisch, 16- bis 22-jährige Menschen in die Sozialhilfe abzuschieben und zu behaupten, dass sie mit dieser Lösung zufrieden sind. Jugendliche sollten den Platz in unserer Gesellschaft bekommen, den sie wert sind und wir sollten alles dafür tun, um ihnen dies zu ermöglichen.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): Dass mehr Sozialfälle den Staat billiger kommen sollen als die Finanzierung dieses Projekts, halte ich für ein Gerücht. Bei Kindern von SozialhilfeempfängerInnen ist die Gefahr wesentlich grösser, dass sie selbst später Sozialhilfe beziehen. Es gibt keine günstigere Methode für uns. Wir sollten diesen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen, die ihnen irgendwann einmal ein wirtschaftliches Auskommen garantiert.

Mauro Tuena (SVP): In diesem Rat wurden schon unzählige ähnliche Projekte vorgestellt und immer hiess es, das sei die billigere Variante. Doch jedes Jahr schaue ich mir im Stadtbudget die Abteilung des Sozialdepartements an und stelle fest, dass nichts

wirklich billiger geworden ist. Auch die Anzahl Sozialfälle wird durch solche Projekte nicht vermindert, dafür wird die Sozialindustrie gefördert. Private können und sollen sich für diese Ausbildungsprogramme engagieren, der Staat hat darin jedoch nichts zu suchen. Das Vorhaben muss abgelehnt werden.

Dominique Feuillet (SP): Die SVP-Fraktion lehnt oftmals Weisungen ohne Begründung ab. Auch in diesem Fall wäre das die bessere Alternative gewesen. Stattdessen hörten wir eine menschenverachtende Argumentation, die in Bezug auf die Ausbildung von jungen Menschen eine Ohrfeige für alle Jugendlichen darstellt. Das schlimmste Verbrechen einer Gesellschaft ist, ihrer Jugend keine Perspektive zu geben. Hat nur ein Teilnehmer, eine Teilnehmerin des Projekts durch dieses eine reelle Chance im späteren Berufsleben, hat sich das gesprochene Geld schon gelohnt. Wer behauptet, alle Jugendlichen hätten die gleichen Chancen, hat keine Ahnung von der wirklichen Welt.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne): Die Sozialhilfekosten steigen aus unterschiedlichen Gründen und sinken sicher nicht durch die Streichung solcher Projekte. Mauro Tuena (SVP) behauptet, die Ausbildung sei keine Staatsaufgabe. Natürlich ist sie das. Unser finanzielles Unterstützungssystem ist auf GymnasiastInnen und StudentInnen ausgerichtet. Alle anderen müssen mit 16 Jahren ihr Glück auf dem Arbeitsmarkt versuchen. In unserer Gesellschaft gibt es Schwächere, die mehrere Chancen benötigen. Es geht nicht darum, dass ein einziger von ihnen aus der Sozialhilfe aussteigt, sondern dass sie gar nicht erst dort hineingeraten.

Mauro Tuena (SVP): Unsere Gewerbetreibenden bieten die Ausbildungsplätze an. Die linke Seite erhebt nur Steuern, Abgaben und Gebühren, so dass die Gewerbetreibenden in der Stadt Zürich sich nur noch mühsam über Wasser halten und weitere, dringend benötigten Lehrstellen nicht mehr schaffen können. Wenn man also von der Wirklichkeit redet, sollte man selber Lehrstellen zur Verfügung stellen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wieso soll Dr. Guido Bergmaier (SVP) als Lehrer nicht sagen dürfen, dass es schon sehr viele notwendige Projekte dieser Art gibt? Was ist menschenverachtend an seiner Aussage, dass ein Jugendlicher, der schon zehn dieser Berufsförderprogramme ohne massgeblichen Erfolg besucht hat, nicht noch weitere sieben Mal unterstützt werden sollte? Bezieht er nach dem zehnten Mal die Sozialhilfe, die er nach dem siebzehnten erfolglosen Versuch sowieso bekommen würde, könnte man sieben dieser Massnahmen einsparen.

Catherine Rutherford (AL): Die Lehrlingsausbildung fordert eine gute Betreuung. Diese ist im Projekt FitAttest garantiert. Für das Gewerbe und die Stadt stellt das Angebot eine sinnvolle Ergänzung dar. Die Jugendlichen werden erst auf die Lehre vorbereitet und dann in einer der 34 Firmen in der Stadt Zürich ausgebildet. Die Unternehmen arbeiten dabei eng zusammen und stellen ein Coaching-Angebot bereit, um die schwere Aufgabe zu bewältigen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

4 / 4

STR Martin Waser: *Es herrscht ein Konkurrenzkampf zwischen HochschulabsolventInnen und jungen Menschen, die sehr anspruchsvolle Lehren abschliessen können. Daneben gibt es ganz viele Jugendliche, die Unterstützung brauchen, um den Zugang in die Arbeitswelt zu finden. Das hier vorliegende Angebot unterscheidet sich stark von ähnlichen Projekten, weil es einen Abschluss garantiert. Ein solcher ist matchentscheidend für eine berufliche Zukunft. Das zweite und dritte Jahr wird in Gewerbebetrieben absolviert und ist damit kein staatliches Angebot mehr. Ohne finanzielle Unterstützung könnten die engagierten Gewerbebetriebe die Lehrlinge nicht ausbilden, zusätzlich würde man den Unternehmen ein falsches Signal senden. Das Projekt schafft Perspektiven und entlastet das Sozialsystem langfristig. Ich bitte darum, dem Antrag stattzugeben.*

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Catherine Rutherford (AL), Referentin; Präsident Marcel Savarioud (SP), Linda Bär (SP), Marc Bourgeois (FDP) i.V. von Ursula Uttinger (FDP), Dominique Feuillet (SP), Alain Kessler (FDP), Maria Trottmann (GLP), Jean-Claude Virchaux (CVP) i.V. von Vakanz (CVP), Hans Urs von Matt (SP), Thomas Wyss (Grüne)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Guido Bergmaier (SVP), Referent; Hedy Schlatter (SVP), Mauro Tuena (SVP) i.V. von Sven Oliver Dogwiler (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Verein Lernwerk wird für das Angebot «FitAttest» für die restlichen fünf Monate des Jahres 2011, das heisst vom 1. August 2011 bis 31. Dezember 2011, ein leistungsabhängiger Maximalbeitrag von Fr. 253 000.– gewährt. Für die Jahre 2012 bis 2015 beträgt der leistungsabhängige jährliche Maximalbeitrag Fr. 657 000.–.
2. Die Kompetenz zur Festlegung der Beitragssätze wird dem Vorsteher des Sozialdepartements übertragen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. Juli 2011 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. August 2011)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat